

Berlin, 16. Dezember 2013



Beschluss des Bundesvorstands

Beschluss zur Einsetzung, Prozedere und Zusammensetzung einer Kommission gemäß BDK-Beschluss „Verhältnis Staat, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften auf eine neue Grundlage stellen“ *

*Die BDK begrüßt den Beschluss des Bundesvorstands vom 22.04.2013, eine Kommission zum Thema Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat einzurichten, die ein umfassendes Konzept zur Reform des Verhältnisses zwischen Staat, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften erarbeiten und eine spätere Beschlussfassung einer BDK vorbereiten soll. Der neu gewählte Bundesvorstand wird gebeten, mit der Arbeit der Kommission noch in diesem Jahr zu beginnen.

*Im Folgenden der Einfachheit halber zunächst Religionskommission oder religionspolitische Kommission genannt.

Warum braucht es eine religionspolitische Kommission?

Das religiöse, aber auch das kulturelle Leben in Deutschland ist lange Zeit überwiegend von den beiden christlichen Volkskirchen geprägt worden. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Gesellschaft allerdings stark verändert: Neben den beiden christlichen Konfessionen gibt es eine immer größere Vielzahl an religiösen und weltanschaulichen Gruppen, gleichzeitig gehören insgesamt immer weniger Menschen einer Religion an. Das Religionsverfassungsrecht spiegelt diese Entwicklung jedoch nicht wider.

Die Frage ist, welcher Veränderungsbedarf im Verhältnis von Staat, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften angesichts einer immer stärker säkularisierten Gesellschaft besteht. Was ist die Rolle und Funktion von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in unserer Gesellschaft und welchen Rahmen braucht es dafür? Von Union und SPD sind hier keine Antworten zu erwarten: Sie verharren in dieser Frage auf dem Status Quo.

Bei Bündnis 90/Die Grünen gibt es ein breites Spektrum an Positionen und Meinungen: Engagierte Christinnen und Christen arbeiten bei uns mit Atheistinnen und Atheisten und laizistisch orientierten Menschen zusammen; es gibt bei uns religiöse wie säkulare Juden, religiöse wie säkulare Muslime. Wir wollen diese parteiinterne Vielfalt nutzen, um die überfällige Diskussion über das künftige Verhältnis von Staat, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu führen. Das wollen wir intern tun, aber auch im Dialog mit Religionsgemeinschaften, Verbänden und der interessierten Öffentlichkeit.

Konzeptioneller Ansatz

Die Kommission kommt zunächst zusammen, um sich auf eine grundsätzliche Haltung zu verständigen, welche die Grünen gegenüber Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften einnehmen: Was ist die Rolle von Religionsgemeinschaften in einer pluralistischen Gesellschaft? Was folgt daraus für das Verhältnis von säkularem Staat und Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaften? Darauf soll als zweiter Schritt die Erarbeitung konkreter Reformvorschläge aufbauen. Wenn es einen ersten Zwischenstand der Arbeit gibt, soll es einen öffentlichen Aufschlag in Form eines Symposiums/Kongresses geben: Ziel ist es, die Einbeziehung und Mitsprache sowohl der Religionsgemeinschaften und Verbände, von Parteimitgliedern sowie der interessierten Öffentlichkeit zu ermöglichen. Weitere Kooperationsveranstaltungen mit grünen Landesverbänden und der Heinrich Böll Stiftung sind angedacht. Der Abschlussbericht der Religionskommission soll Grundlage für einen Antrag sein, der bei einer der folgenden Bundesdelegiertenkonferenzen diskutiert und beschlossen wird.

Arbeitsprozess 2014/15

Noch vor Weihnachten werden die Einladungen für die erste Sitzung der Kommission, versandt. In einer ersten Phase soll eine grüne Grundhaltung zu Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften im säkularen Staat bzw. in der pluralen Gesellschaft erarbeitet werden. In einer darauf folgenden Arbeitsgruppenphase sollen parallel arbeitende Themen-AGen sich Einzelfragen des Religionsverfassungsrechts widmen, Reformbedarfe definieren und Reformvorschläge ausarbeiten. Zwischenergebnisse der Arbeit sollen bei einem Kongress im Herbst 2014 öffentlich vorgestellt und anschließend weiterentwickelt werden. Parallel dazu kann die Diskussion durch Kooperationsveranstaltungen mit einzelnen Landesverbänden in die Breite der Partei getragen werden. Die Verabschiedung des Abschlussberichts ist für das zweite Quartal 2015 anvisiert.

Besetzung der Kommission

1. Bettina Jarasch (Buvo)
2. Simone Peter (Buvo)
3. Beriwan Aymaz (KV Köln)
4. Sigrid Beer (parl. GF und bildungspol. Sprecherin NRW)
5. Friedel Battenberg (Sprecher BAG ChristInnen)
6. Volker Beck (MdB)
7. Günter Dworek (AK III BTF)
8. Sven Giegold (MdEP)
9. Katrin Göring-Eckardt (Vors. BTF)
10. Ulrike Gote (MdL Bayern)
11. Hasret Karacuban (AK Grüne MuslimInnen NRW)
12. Sergey Lagodinsky (KV Pankow)

13. Sven Lehmann (Lavo NRW)
14. Sybille Mattfeld Kloth (BAG ChristInnen)
15. Jessica Messinger (Grüne Jugend)
16. Konstantin von Notz (MdB)
17. Walter Otte (AK Säkulare Grüne)
18. Mürvet Öztürk (MdL Hessen)
19. Mariana Pinzon-Becht (AK Säkulare Grüne)
20. Jürgen Roth (HU, KV Tempelhof-Schöneberg)
21. Gerhard Schick (MdB)
22. Canan Ulufer (KV Altona)
23. Robert Zion (KV Gelsenkirchen)